Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

leitet werden. Auch sie sind jetzt (eine Entsprechung zu den Volkswirtschaftsräten) zu grösseren Einheiten zusammengelegt worden. Ihre Administration besteht neben und nicht unter den

2. *Sowjets,* welche die politisch-territoriale Verwaltungsreform der staatlichen Behörden darstellen (Gebiet, Bezirk). Eine Annäherung der beiden konkurrenzierenden Stellen wird allerdings jetzt insofern versucht, als man die Grenzen der Bezirke und der Produktionsverwaltungen zusammenfallen lässt. Ein diesbezüglicher Entschluss ist etwa in Kasachstan gefasst worden. Den Produktionsverwaltungen ist die Prioritätsrolle zugedacht, was schon daraus hervorgeht, dass die Parteikomitees der Territorialverwaltungen der Landrayone aufgehoben und durch entsprechende Komitees bei den Kolchos-Sowchos-Verwaltungen ersetzt wurden. Bezüglich der neuesten Sowjet-Spezialisierung gilt das zur Industrie Gesagte.

Die Kontrolle

Das in der Sowjetunion neugegründete Komitee für Partei- und Staatskontrolle (unter Scheljepin) ist in diesem Zusammenhang nochmals zu erwähnen, weil es mit seiner eigenen Hierarchie von oben nach unten, sowohl die Partei- als auch die Staatsorgane überprüft. Es wird zum Symbol für die angestrebte direkte Parteileitung der gesamten Wirtschaftsverwaltung, die jetzt selbst den Schein ihrer staatlichen Autonomie verliert.

Landwirtschaft

UdSSR

Harte Steuern aus weicher Politik

In Usbekistan ist auf das Jahresende hin die private Viehabe mit einer ungeheuer hohen Sondersteuer belegt worden, aber das neue Gesetz (vom 22. Dezember) dokumentiert nichtsdestoweniger die Hilflosigkeit des Regimes der Bevölkerung gegenüber.

Die Steuer wird nämlich auf Tiere erhoben, die sich in unerlaubtem Privatbesitz befinden, eine Praxis, die anscheinend so verbreitet ist, dass man ihr nicht mit Strafverfügungen begegnen kann. Die Erhebung einer Steuer für verbotenen Besitz stellt wohl eine Erschwerung, gleichzeitig aber auch eine Art formeller Anerkennung dieser offiziell widerrechtlichen Situation dar.

Grundlage der ganzen Angelegenheit ist allerdings die enge Beschränkung der verstaatlichten Viehhabe. Ein Privater darf sich eine Kuh und ein Kalb (oder eine Geiss und ein Zicklein) plus ein Schwein (oder drei Schafe und Lamm) halten. Nun pflegen sich die Funktionäre der Landwirtschaftskollektivs sowenig an dergleichen Anordnungen zu halten wie die Kolchosbauern oder Sowchosarbeiter, so dass oft genug «eine Hand die andere wäscht», was ein Durchgreifen sehr erschwert. Auch höhere Kolchosbeamte pflegen sich ihre Blindheit gegenüber allzu wohlgefüllten Ställen ihrer Untergebenen nicht ungern mit Naturalgeschenken wie Ferkel und dergleichen belohnen zu lassen. Fälle dieser Art werden in der Sowjetpresse nahezu täglich irgendwo angeprangert.

Das neue Steuersondergesetz Usbekistans macht tatsächlich einen prohibitiven Eindruck. Für eine Kuh werden jährlich 150 Rubel erhoben (ein anderthalbfacher Monatslohn eines Arbeiters), für ein Nutzpferd 200 Rubel, für ein Schaf 15 Rubel. Wer überdies trotz Arbeitsfähigkeit keine gemeinnützige Arbeit leistet (auch dieser streng verbotene parasitische Lebenswandel wird so quasi legalisiert), hat einen Zuschlag von 100 Prozent zu entrichten. Der Verzugszins nach dem Verfallstermin beträgt pro Tag 0,2 Prozent, was also einem Wucherzins von 70 Prozent entspricht. Immerhin wird mit Zwangsmassnahmen erst für den Fall gedroht, dass die Zahlungen überhaupt ausbleiben sollten.

Usbekistan scheint tatsächlich Mühe mit seinen Bauern zu haben. Im Dezember war schon ein anderer Ukas erlassen worden, der sich gegen die Verschleuderung von staatlichem Getreide zur Viehfütterung wandte. Auch hier wäre besser an den Grundlagen zu korrigieren, die den Bauern und Landarbeitern gestatten würden, ihr Vieh auf legale Weise ausreichend zu füttern, das heisst durch Vergrösserung der Nebenwirtschaft.

In einer ganzen Anzahl von Ortschaften (nicht nur städtischen Charakters) der Republik ist die private Viehhaltung überhaupt verboten. Die Liste ist — ebenfalls im letzten Monat und ebenfalls auf Dekretweg — noch erweitert worden.

Eine Zusammenstellung Washingtons: Im Jahre 1961 hat die Sowjetunion, die sich gern als Industriestaat aufzuspielen versucht, für 774 Millionen Dollar mehr Maschinen und Maschinenteile eingeführt als ausgeführt. Mehr als ein Viertel dieser eingeführten Investitionsgüter stammte aus den westlichen Industrieländern. Der Wert dieser Importe an Maschinen ist mehr als doppelt so hoch wie der Wert der sowjetischen Maschinenexporte in die Entwicklungsländer, einschliesslich Kuba, für den die letzten kompletten sowjetischen Statistiken im Kalenderjahr 1960 einen Wert von umgerechnet 300 Millionen Dollar angeben. Dem gegenüber haben die westlichen Industrieländer im gleichen Berichtsjahr für 7,6 Milliarden Dollar Maschinen in die Entwicklungsländer geliefert, ein Beweis für die Unfähigkeit der sowjetischen Industrie, den ungeheuren Bedarf der jungen Industrien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu decken.

Wirtschaft

UdSSR

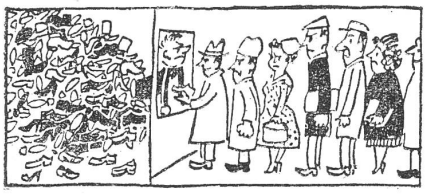
Kaspische Erdölinseln

Im Laufe dieses Jahres soll am Kaspischen Meer ein Flossschiff von besonderer Grösse eingesetzt werden, um künstliche Erdölinseln zu errichten.

Das aus zwei Rümpfen bestehende Schiff ist durch eine grosse Plattform verbunden, so dass die gesamte dadurch gewonnene Deckfläche die Ausmasse eines Fussballplatzes» erreichen. An Bord des Schiffes befindet sich ein Kran mit einem 70 Meter langen Ausleger und drei Hebemaschinen von 10, 140 und 250 Tonnen Tragfähigkeit.

Das Schiff wird im Hafen die erforderlichen Bauteile an Bord nehmen und auf offenem Meer in den Grund einrammen. Danach wird auf der so geschaffenen Erdölinseln, der 41 Meter hohe Bohrturm, der ebenfalls mit auf diese Fahrt genommen wird, errichtet.

Das Schiff ist relativ unabhängig von den Winden, die das Kaspische Meer das ganze Jahr über in Bewegung halten. Es kann auch bei einem Seegang mit 3,5 Meter hohen Wellen seine Arbeiten ungestört fortsetzen. Die Antriebsleistung der Maschinen beträgt 10 000 PS. Das Kranschiff wird auf der Werft «Krasnoje Sormowo» in Gorki gebaut.



«Umstellung der Termine»

«Die zentralisierte Schuhreparatur ist eine sehr fortschrittliche Institution. Man bringt die Schuhe zur Uebernahmestelle, darf sie dem Leiter der Uebernahmestelle abgeben und eine Quittung in Empfang nehmen. Wenn 200 Paare beisammen sind, kommt ein Lastwagen und liefert alles in die Fabrik ... Nach einem Monat oder anderthalb Monaten zeigt man (zum wievielten Male?) die Quittung und bekommt dafür Schuhe, die manchmal einander nicht einmal ähnlich sind. Man zieht sie an und nach drei Tagen bringt man sie zur Reparatur wieder zurück.

Schluss damit! Jetzt ist es — freut euch — umgekehrt: jetzt werden eure Schuhe während drei Tagen repariert und ihr könnt sie anderthalb Monate lang tragen.»

(«Sowjetskaja Estonija», 1. Januar)

Partei

SBZ

Der VI. SED-Kongress

Chruschtschews Auftreten wird dem VI. Parteitag der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands», der diese Woche in Ostberlin tagt, die spektakuläre Note verleihen. Sein Erscheinen beim Kongress des «letzten stalinistischen Satellitenführers» des Sowjetblocks ist als Unterstützung Ulbrichts zu bewerten, gewiss, aber nur insoweit, als Moskau gegenwärtig auf das SBZ-Regime in seiner jetzigen Form nicht verzichten kann, da bei der exponierten Lage der Zone eine Parteikrise nicht zu ertragen wäre. Aber schon die indirekte Formulierung von sowjetischer Kritik oder Unterstützung wird Aufschlüsse über das interne Verhältnis zwischen Kreml und Pankow zulassen.

Selbst von der weltpolitischen Situation abgesehen, findet der Kongress in einer kritischen Phase statt. Die wirtschaftliche Situation ist seit der Errichtung der Mauer vor anderthalb Jahren permanent schlecht geblieben. Die Veranstaltung hätte laut Statut schon Mitte 1962 stattfinden sollen, wurde aber in der Hoffnung verschoben, eine ökonomische Besserung werde eintreten. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, wie selbst die Partei in ihrem Rechenschaftsbericht zugeben musste, der übrigens in der sowjetzonalen Presse nicht vollständig veröffentlicht wurde.

Auf dem V. Parteitag vom Juli 1958 hatte es Ulbricht als die «ökonomische Haupt-

aufgabe» bezeichnet, «die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass die Ueberlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung umfassend bewiesen wird.» Deshalb müsse erreicht werden, dass der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liege als der entsprechende Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland.

An sich käme dem Parteitag grössere interne Bedeutung als «Markstein der Entwicklung» zu. Drei Dokumente liegen den Delegierten zur Genehmigung vor: Ein *Rechenschaftsbericht,* ein neues *Parteistatut* und ein neues *Parteiprogramm.* Dazu sollen dem Vernehmen nach «konkrete Massnahmen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung beschlossen» werden.

Das Statut

bringt gegenüber der gegenwärtigen gültigen Fassung wenig Aenderungen. Etwas stärker betont werden — im Anschluss an die entsprechenden Formulierungen des KPdSU-Statuts von 1961 — die «kollektive Führung» und die «innerparteiliche Demokratie».

Der Rechenschaftsbericht

nimmt auf die vom V. Kongress gestellte «ökonomische Hauptaufgabe» mit keinem Wort Bezug. Als einziges Positivum wird die Lohnerhöhung vermerkt, die den Plan übertroffen habe (eine andere Frage, ob das stimmt). Sonst wird auf die «besondere Lage» verwiesen. Diese habe darin bestanden, dass «wir die Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages bei nach Westdeutschland offenen Grenzen begannen, das heisst unter Bedingungen, wie sie in keinem anderen sozialistischen Lande bestanden. Das Komplizierte der Lage der Deutschen Demokratischen Republik konnte nicht ohne Auswirkung auf die ökonomische Entwicklung und auf den Lebensstandard der Bevölkerung bleiben. Die Durchsetzung der Linie des V. Parteitages, die auf den friedlichen ökonomischen Wettstreit und die Herstellung der friedlichen Koexistenz beider deutschen Staaten gerichtet war, stiess von Anfang an auf den scharfen Widerstand der Revanchisten und Militaristen in Westdeutschland. Da die Bonner Ultras diesen Wettbewerb fürchteten, begannen sie eine grossangelegte, politisch-ideologische und ökonomische Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die ins Masslose gesteigerte Hetze der westdeutschen Ultras, der organisierte massenhafte Menschenhandel mit Arbeitskräften und Fachkadern der Deutschen Demokratischen Republik führte zu grossen Verlusten. Zusätzliche Mittel mussten zur Verminderung der Störanfälligkeit aufgewandt werden.»

Das Eingeständnis des Misserfolges ist hierbei wohl selbst für Parteiohren deutlich genug.

Väterchen steht vor der Tür. Wird es Prügel geben oder mehr Taschengeld?

Das Programm

hält sich diesmal an Allgemeinheiten (etwa Erhöhung des Lebensstandards) ohne konkrete Termine zu setzen. Bemerkenswert ist der Absatz über Arbeitszeitverkürzungen. Sie werden nämlich von der *überplanmässigen* Steigerung der Arbeitsproduktivität und von der Senkung des Krankenstandes abhängig gemacht! Dies das Programm einer Organisation, die sich «Arbeiter-Partei» nennt.

Die Berlin-Frage wird vorsichtig formuliert: Die Sozialistische Einheits-Partei ist davon überzeugt, dass der Abschluss eines deutschen Friedensvertrages, die Beseitigung der Nato-Stützpunkte und des Besatzungsregimes in Westberlin und seine Umwandlung in eine Freie Stadt günstige Voraussetzungen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten schaffen wird, die durch die Aufnahme in die Uno weitergefördert würde.»

In den übrigen aussenpolitischen Punkten enthält das Programm nichts neues.

Lebensstandard

Polen

Sinkend

Gomulka hat eine einschneidende und sehr bezeichnende Massnahme für die polnischen Wirtschaftspläne 1963—1965 verkündet: Die vorgesehenen Investitionen für die Leichtindustrie, die Lebensmittelindustrie, die Wasserwirtschaft, die Kommunalwirtschaft, für das Transportwesen und sogar für den Gesundheitsdienst werden gekürzt. Teilweise sogar um die Hälfte. Nur die geplanten Investitionen für den Wohnungsbau bleiben unverändert, für den Schulbau sind sie sogar leicht gehoben worden. Erhebliche Steigerungen jedoch wird die Schwer- und Maschinenindustrie erfahren, auch für die Landwirtschaft sind Erhöhungen gegenüber dem ursprünglichen Plan vorgesehen. Diese Veränderungen werden unmittelbaren Einfluss auf den Lebensstandard der Bevölkerung haben, die diese Ankündigung mit grosser Unruhe aufgenommen hat.

Die das System gefährdende Unruhe ging zuerst von den Bauern aus. Um sie wieder fester in den Griff zu bekommen, hat die Regierung eine Reihe von Massnahmen zur Beschneidung der bäuerlichen Selbständigkeit eingeleitet. Unter anderem höhere Zinsen für Kredite, staatliche Ein- und Verkaufslenkung, politische Zuverlässigkeitsprüfungen und die Bildung von Dorfwirtschaftsräten unter Anleitung der Partei. Die Quittung kam sofort. 1961 nach der Aufhebung der Zwangskollektivierung der polnischen Bauern hatte Polen eine Rekordernte. 1962 — nachdem die polnischen Bauern wieder beunruhigt wurden — hat Polen zwar immer noch die beste Ernte von allen Ostblockstaaten, aber doch einen erheblichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. 300 000 Tonnen Getreide wurden weniger geerntet, 100 Millionen Stück Eier weniger abgeliefert, nur 90 Prozent des Milch- und Geflügelaufkommens von 1961 erreicht. Die Schweine- und Rinderhaltung wurde bedeutend erhöht, das führte jedoch zur Vergrösserung des Futtermangels. Die Regierung muss anstelle von 1,6 Millionen Tonnen als Hilfe für die Landwirtschaft 2,2 Millionen Tonnen einführen, soll es nicht wie beispielsweise in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu katastrophalen Notschlachtungen kommen.

Polens Parteifunktionäre wissen genau, dass die schlechtere Ernte 1962 nicht allein auf die Unbillen der Witterung zurückzuführen ist, unter denen die gesamte europäische Landwirtschaft zu leiden hatte. Zumindest hätte der Vorjahresstand gehalten werden können — wenn nicht Polens Bauern so feinfühlig auf jeden politischen Druck reagiert hätten.

Produktion

Comecon

Harzige Spezialisierung

Die Spezialisierung der Industrieproduktion im RGW-Raum (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = Comecon) macht Fortschritte, wenn langsam und mühsam.

Unter der Spezialisierung versteht man in den Comecon-Mitgliedstaaten (die europäischen kommunistischen Länder minus Albanien plus Mongolei) die Zuweisung bestimmter Erzeugungssparten an einzelne Länder. Statt der Verzettelung paralleler Industrien in allen Volksdemokratien würde sich so unter Arbeitsteilung eine Produktionskonzentration nach Warensorten ergeben, wobei jedes Land seine besonderen Aufgaben zu erfüllen hätte und von andern entlastet würde. Die Koordination ist für den gesamten RGW-Wirtschaftsraum vorgesehen. Nun sind die einzelnen Mitglieder natürlich abgeneigt, auf bereits traditionelle oder angelaufene Produktion zu verzichten und sie dem Partner zu überlassen. Beispielsweise müsste Ungarn seine Radiofabrikation zugunsten Bulgariens abbauen, tut es aber nicht.

In diesem Zusammenhang sind neue Ausführungen des stellvertretenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Otokar Simunek, ehemaliger Planungschef der CSSR, äusserst aufschlussreich. Sie geben ein Bild von der allmählich durchgeführten Spezialisierung und gleichzeitig vom schleppenden Tempo im Verhältnis zum Plan.

Nach seinen Angaben hatte die zuständige RGW-Kommission bis Mitte Mai 1962 für 18 Sparten beziehungsweise für 812 Positionen der Maschinenindustrie Empfehlungen zur Spezialisierung ausgearbeitet. Sie wurden aber nur bei 370 Positionen befolgt. Bezüglich der maschinellen Einrichtungen ist die Arbeitsteilung noch geringer, denn bezüglich der erwähnten 18 Sparten beteiligten sich vier, fünf oder noch mehr Mitgliedstaaten an der Erzeugung identischer Produkte.

Nach Simuneks Meinung entspricht der gegenwärtige Stand der Arbeitsteilung unter den RGW-Ländern, besonders in arbeitsintensiven Sparten, weder der bereits erzielten Arbeitsproduktivität, noch den Entwicklungsplänen der Volkswirtschaft in den betreffenden Staaten, noch schliesslich den Anforderungen des Wettbewerbs mit den kapitalistischen Ländern. Am Welthandel beteiligen sich die kommunistischen Länder nur mit 9,5 Prozent, obwohl ihr Anteil an der Industrieproduktion

nahezu 30 Prozent beträgt. Demgegenüber beteiligen sich die Staaten der freien Marktwirtschaft mit 88 Prozent am Welthandel, dies bei einer Produktionsbeteiligung von 63 Prozent.

Aus Bukarest ist nicht nur von keinem Fortschritt, sondern von einem Rückschritt in der Comecon-Spezialisierung zu berichten. Die Radio- und Fernsehfabrik «Elektronica» will ihre Produktion bis 1965 weitgehend ausbauen. Sie beschäftigt gegenwärtig 5000 Personen, davon 200 Ingenieure. Im Jahre 1962 betrug die Erzeugung von Radioempfängern 250 000 Stück, davon 100 000 mit Transistoren. 1965 soll sich der Ausstoss auf 300 000 Stück — davon 200 000 Transistorenempfänger — erhöhen. Für Fernsehgeräte ist für diese Periode ein Produktionszuwachs von 60 000 auf 130 000 Stück zu erwarten.

Die Entwicklung dieses Industriezweiges steht im Widerspruch zu den Spezialisierungsbestimmungen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, welche die Produktion für Radioapparate an Bulgarien und für Fernsehgeräte an Ungarn verteilt hat. Ungarn wurde dementsprechend gezwungen, die Lizenzen des bekannten Radioempfängers «Orion» an Bulgarien abzutreten, was nicht ohne Schwierigkeiten und Widerstände vorsichging. Nun stell sich heraus, dass gleichzeitig auch Rumänien eine neue Radio- und Fernsehindustrie errichten will, was mit der RGW-Spezialisierung unvereinbar ist.

Dieses Experiment muss scheinbar die ungarische Volkswirtschaft bezahlen, welche bereits die Produktion der Radioempfänger von 453 290 (1958) auf 245 490 Stück (1961) herabsetzte und die Herstellung der Fernsehgeräte von 37 029 (1958) auf 178 121 Stück (1961) erhöhte.

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist bestrebt, die Spezialisierung in der Autoproduktion bereits für die kommenden 20 Jahre auszuarbeiten. Nach diesen langfristigen Plänen soll nicht die Herstellung der Fertigprodukte, sondern der Einzelteile spezialisiert werden. Man will vor allem die diesbezügliche Produktion von Polen, Ungarn und der CSSR aufeinander abstimmen. Es handelt sich um Grossautobusse für den Transport von 100 Personen, Lastwagen und Traktoren, von welchen je zehn erste Prototypen noch im laufenden Jahr hergestellt werden sollen. Die ungarische LW-Fabrik «Csepel» wird 8- bis 12-Tonnen-Lastwagen herstellen. Die gegenwärtige Jahresproduktion der ungarischen Autobusse soll von 2700 auf 24 000 Stück erhöht werden. Wie weit diese Pläne durchgeführt werden können ist — siehe oben — fraglich.

Personelles

UdSSR/Bulgarien

«Vizekönig» geht

Iwan Denisow, seit Juni 1960 Moskaus ungewöhnlich einflussreicher Botschafter in Sofia, verlässt jetzt seinen Posten.

Der scheidende sowjetische Diplomat, der dem Moskauer Zentralkomitee bereits seit über zehn Jahren angehört, spielte in Bulgarien mehr die Rolle eines Vizekönigs, als die eines Botschafters im üblichen Sinne des Wortes, denn er verfügte über weitaus mehr Einfluss als irgendeiner seiner Kollegen in den anderen Hauptstädten des östlichen Mitteleuropas.

Literatur

Bulgarien

Der KZ-Gesang

Ende Dezember 1962 veröffentlichte das bulgarische Parteiorgan «Rabotnitschesko Delo» einen Nachruf auf Traico Kostoff, dem ehemaligen Sekretär des ZK der KPB, anlässlich seines 65. Geburtstages und seines 13. Todestages. Der im Dezember 1949 als «Titoist» hingerichtete Kostoff war erst kürzlich auf dem VIII. Parteikongress der bulgarischen KP endgültig rehabilitiert worden, im Zuge der zweiten Entstalinisierung, die bereits 1958 mit geringem Erfolg eingeleitet worden war.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass zum ersten Male in Bulgarien jüngst ein antistalinistisches Gedicht veröffentlicht wurde, in dem die Foltermethoden in den bulgarischen Gefängnissen der Stalin-Aera beschrieben werden. Es handelt sich um ein 25strophiges Poem des altkommunistischen Dichters Nikola Lankoff, der selbst als Anhänger Kostoffs

TRAICO KOSTOFF

in den Gefängnissen der Stalinisten schmachten musste.

Lankoff, heute Chefredaktor der Literaturzeitschrift «Narodna Kultura» (Organ des bulgarischen Schriftstellerverbandes), hat sein Gedicht in dieser Wochenschrift publiziert:

Vor der Mauer,
mit dem Gesicht zur grauen Mauer,
stand ich Stunden,
Tage und Nächte...
und beim Anblick der grauen Mauer
durchzuckt mich immer noch
der Schmerz.
Was bedeutete es schon,
dass das Blut aus den Wunden floss,
dass eiserne Ringe
schmerzend meine Handgelenke
umschlossen,
dass ich der Köder sein sollte,
als Opfer ausgewählt...
ich stand mit den Händen auf dem Rücken,
aber mit der Ueberzeugung im Herzen,
dass mich keine Schuld traf
und die Partei im Recht war.

Innerhalb kurzer Zeit war ich nur noch
eine Nummer.
Und ich verstand sehr schnell,
in wessen Hände ich gefallen war.
Ich seufzte und sagte zu mir selbst:
«O mein Gott, steh mir bei!»

Aber wusste jener,
der diesen Gedanken
mit seinem Blut besiegelt hat,
dass Stalin nur ein Held war,
von äusserlichem Glanz?
Dass sein Ruhm
auf Sand gebaut war,
dass der klare Himmel,
von der Jugend
voll unerfüllter Hoffnung
erträumt,
von Stalin verdunkelt wurde?

«Gib zu, dass du ein Verräter bist,
ein Anhänger Traico Kostoffs», —
die Stimme scheint aus der Wand zu
dringen.
«Ist das Absicht oder
einfach grausame Wahrheit?»...

Ich höre Stimmen
aus den dunklen Ecken,
von toten, unschuldigen,
in den Selbstmord getriebenen Genossen,
von Dichtern und Künstlern,
betagten Männern des öffentlichen Lebens,
von Arbeitern und Bauern...

Curriculum der Woche

TRAICO KOSTOFF

Rehabilitierter ehemaliger Sekretär des ZK der bulgarischen KP.

Geboren 1897 in Sofia, als Sohn eines Eisenbahners. Leutnant der bulgarischen Armee im Ersten Weltkrieg. Danach Leiter der Studentengruppe der «Tesnite»-Sozialisten. 1920 Aufnahme in die KP. Sekretär der Komsomol-Organisation von Sofia und Mitglied des ZK des bulgarischen Komsomol. 1924 Leiter des illegalen ZK der KPB. Verhaftung und Verurteilung zu acht Jahren Gefängnis, die er in Sofia, Sliwen und Vraca verbüsst. 1929 Amnestierung und Emigration in die UdSSR. 1931, nach der Ermordung des ZK-Sekretärs N. Kofardzieff, Aufnahme in das ZK der KPB. 1932 zweite Emigration in die UdSSR und Tätigkeit in der Balkan-Sektion der Komintern. Im Frühjahr 1938 illegale Rückkehr nach Bulgarien — Redaktor des illegalen Parteiorgans «Rabotnitschesko Delo«. Neue Verhaftung und Verurteilung, Flucht aus dem Gefängnis Ribarica. Im Untergrund arbeitet Kostoff als Sekretär des ZK der KP. 1941, nach dem Angriff Hitlers auf die UdSSR, organisiert er einen bewaffneten Partisanenkampf gegen die deutsche Okkupationsarmee in Bulgarien. Im Frühjahr 1942 Verhaftung durch die bulgarische Kollaborationsregierung und Verurteilung zu Zuchthaus auf Lebenszeit. Im September 1944 Befreiung aus dem Gefängnis und Antritt seines Postens im Politbüro und im ZK der KPB unter der Führung von G. Dimitroff.

Im Dezember 1949 wird Kostoff im Anschluss an einen stalinistischen Schauprozess als «Titoist» hingerichtet. Auf dem VIII. Parteikongress der bulgarischen KP, Anfang November 1962, wird Traico Kostoff endgültig rehabilitiert. Die Rehabilitierung, die bereits 1956 angekündigt worden war, wird am 27. 12. 1962 durch einen Artikel im Parteiorgan «Rabotnitschesko Delo», anlässlich des 65. Geburtstages von Kostoff, veröffentlicht.

Die Veröffentlichung dieses Gedichtes, aus dem wir einige Strophen zitierten, und die Würdigung Traico Kostoffs in «Rabotnitschesko Delo» als «bemerkenswerter Parteiführer, prominente Figur unseres volksdemokratischen Staates und als brillianter Kämpfer für die Sache des Kommunismus», der bis zu «seinem tragischen Tod» seiner Partei und dem Kommunismus treu geblieben sei, folgen eindeutig dem von Chruschtschew eingeschlagenen Weg und werden nicht nur in der bulgarischen Oeffentlichkeit lebhaft diskutiert.

Militär

UdSSR/VAR

U-Boote in Hodeida

Zugleich mit dem demonstrativen Auftauchen sowjetischer Unterseeboote vor Kuba und in den Gewässern vor der südamerikanischen Küste, verstärkte sich die Aktivität der sowjetischen U-Boot-Flotte im Mittelmeer, im Roten Meer und im Indischen Ozean. Wurden diese Fahrten bis zur Kuba-Krise sorgfältig geheimgehalten, so ist man jetzt in der sowjetischen Marineleitung offensichtlich sehr daran interessiert, das Vorhandensein sowjetischer Unterseeboote auf allen Meeren zu betonen. Bei dieser Beunruhigungstaktik der Sowjets spielt die Vereinigte Arabische Republik eine wichtige Nebenrolle. In den ägyptischen Marinestützpunkten und im jemenitischen Hafen Hodeida werden die russischen Unterseeboote versorgt und der Suezkanal steht ihnen als Schleuse ins Mittelmeer offen. Dafür rüstet die Sowjetunion die Seestreitkräfte der VAR mit Kreuzern, Zerstörern und Unterseebooten aus. Die jüngste Errungenschaft ist ein U-Boot-Mutterschiff, das zur Versorgung der ägyptischen Unterseeboote im Roten Meer bestimmt ist. Es bleibt nur zu bemerken, dass auf dem Mutterschiff wie auf allen Unterseebooten der VAR sowjetische Marineoffiziere, Schiffsingenieure und Instrukteure die wichtigsten Funktionen — und damit die Schiffe in der Hand haben. Nassers sowjetische U-Boote sind sowjetische U-Boote geblieben.

Soziales

SBZ

Preiserhöhungen

Erste unmissverständliche Andeutungen, dass die Sowjetzonenbevölkerung 1963 mit Preiserhöhungen rechnen muss, hat das Mitglied des Präsidiums des «Nationalrates der Nationalen Front», Heinz Schmidt (SED), auf einem Forum mit Angehörigen des Mittelstandes in Erfurt gemacht. Es sei sicher, dass sich die notwendige Uebereinstimmung von Wert und Preis auch auf die Verbraucherpreise auswirken werde. Die Regierung werde zwar keine generelle Preiserhöhung einführen, aber es sei sicher, dass «unreale Preise vorsichtig angepasst» werden. Alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme sollen «Schritt für Schritt» gelöst werden.

Eine Erhöhung der gegenwärtig gültigen Baustoffpreise bereitet die Sowjetzonenregierung bereits vor. Die Preiserhöhung ist das Ergebnis von Untersuchungen über die Gründe der Unrentabilität einiger Baubetriebe, die wiederholt darauf hingewiesen hatten, dass bei ihnen «zwar die Arbeitsproduktivität in Ordnung ist, aber bei den Materialpreisen der Hase im Pfeffer liegt». Unter anderem hat der Ostberliner «volkseigene» Betrieb Ingenieur-Hochbau bei einer Selbstkostenkalkulation errechnet, dass ihn der Kubikmeter Beton 63,61 Mark kostet, dass er aber laut Festpreiskatalog nur 54,74 Mark verrechnen darf. Der Betrieb muss also pro Kubikmeter Beton 8,87 Mark zuzahlen.

Der entscheidende Schritt müsse in der Ueberarbeitung der Baustoffpreise getan werden, heisst es in einem Schreiben dieses Ostberliner Baubetriebes an das Ministerium für Bauwesen.

Quintessenz

Wird bei uns ein Stück herausgebracht,
lehrt es heiter oder ernst-gewichtig:
Erst hat der Held alles falsch gemacht,
nun aber macht er es richtig.

(«Eulenspiegel», Ostberlin)

Mit einer neuen wichtigen Aufgabe ist der Stellvertreter des Vorsitzenden des Sowjetzonen-Ministerrates, Bruno Leuschner (SED), betraut worden. Leuschner, dem bisher die «Koordinierung der volkswirtschaftlichen Grundfragen» anvertraut war, ist jetzt für die «wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der DDR mit dem Ausland und die Grundfragen des Aussenhandels» verantwortlich. Diese Sonderfunktion Leuschners ist in erster Linie auf die Koordinierung der gesamten Sowjetzonen-Wirtschaft mit der der «sozialistischen Länder» im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgestellt. Verbunden damit ist die Delegierung Leuschners als Mitglied des neugebildeten sogenannten «Exekutivkomitees» des RGW. Der Sowjetzonen-Ministerrat hat gleichzeitig mit der Nominierung Leuschners für die neue Funktion ein besonderes «Büro für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland» geschaffen, das Leuschner unterstellt ist. Darüber hinaus ist die ständige Mitarbeit von Vertretern der Sowjetzone in den verschiedenen Organen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe erheblich verstärkt worden.

Soziales

Ungarn

Via Albert Schweitzer

Zur Vermittlung einer sonst unerreichbaren Wohnung kann man sich in Ungarn an Albert Schweitzer wenden — sofern man selbst Schweitzer heisst.

Ein diesbezüglicher Briefwechsel zwischen Wudigess/Budakeszi und Lambarene fand — wie die in Budapest erscheinende deutschsprachige «Neue Zeitung» berichtet, im abgelaufenen Jahr statt. Ueber den Erfolg allerdings war bei dieser Gelegenheit noch nichts zu vernehmen.

Beim Wohnungssuchenden handelt es sich um den 75jährigen Stefan Schweitzer, der sich als Generaloberst 1942 vorzeitig pensionieren liess. Es habe sich, so attestiert ihm das Budapester Blatt, bei einem Prüfungsverfahren 1948 nichts Belastendes gegen ihn ergeben. «In den Jahren des Personenkultes mussten aber auch er und seine Familie Schweres erdulden. Sie mussten ihr Heim verlassen. Man enteignete sie, nahm ihnen ihr Familienhaus, und er, Stefan Schweitzer, erhielt seine Pension nur nach langem Hin und Her wieder zugebilligt. Er wandte sich an Albert Schweitzer... in der Hoffnung, die Erledigung seiner persönlichen Probleme und seiner Wohnungsfrage rascher und wirksamer zu erreichen.»

Albert Schweitzers Antwortbrief veröffentlicht die «Neue Zeitung» auszugsweise:

«Lieber Vetter!

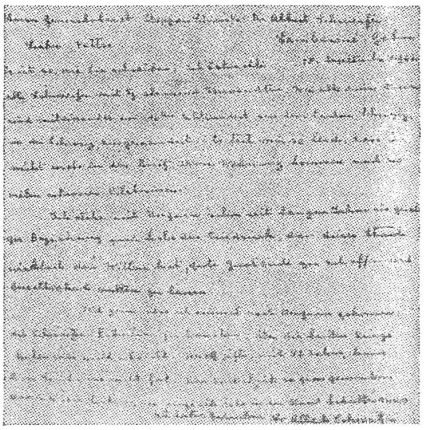
Es ist so, wie Sie schreiben: Ich betrachte alle Schweitzer mit «tz» als meine Verwandten. Wir alle dieses Namens sind miteinander im 16. Jahrhundert aus dem Canton Schwytz in der Schweiz ausgewandert. Es tut mir so leid, dass Sie nicht mehr in den Besitz Ihrer Wohnung kommen nach so vielen schweren Erlebnissen.

Ich stehe mit Ungarn schon seit langen Jahren in geistiger Beziehung und habe den Eindruck, dass dieser Staat wirklich den Willen hat, gute Zustände zu schaffen und Gerechtigkeit walten zu lassen...

Wie gerne wäre ich einmal nach Ungarn gekommen, die Schweitzer-Familien zu besuchen. Aber die beiden Kriege haben es mir nicht erlaubt. Und jetzt, mit 87 Jahren, kann ich von Lambarene nicht fort. Das Spital ist so gross geworden, dass ich die Leitung, so lange ich lebe, in der Hand behalten muss.»

Den zweiten Absatz kommentiert die Zeitung natürlich ausführlich und benützt ihn zum Titel-Zitat: «Der ungarische Staat will Gerechtigkeit walten lassen.» Zum Anliegen des Briefwechsels wird bemerkt: «Wir wissen nicht, was in der Wohnungsfrage von Stefan Schweitzer geschehen wird. Viele Menschen und Familien haben berechtigte Ansprüche, und die Zuweisung der Wohnungen obliegt den Bezirksräten.»

Zugegeben wird neben der Wohnungsnot immerhin die Tatsache, dass selbst das zugegebene Unrecht «in den Jahren des Personenkultes» noch nicht rückgängig gemacht wird.



Ausschnitt aus dem Brief Albert Schweitzers an Stefan Schweitzer.

An sich plausible Preiskorrekturen in der CSSR, die auf 1. Januar in Kraft getreten sind, scheinen bei näherem Zusehen doch auf eine Teuerung hinauszulaufen. Alte Warensortimente sind zwar verbilligt worden, für die neu eingeführten Güter aber werden erhöhte Preise festgesetzt. Gleichzeitig bekanntgegebene Auf- und Abrundungen scheinen sich die Waage zu halten.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 16. Januar 1963

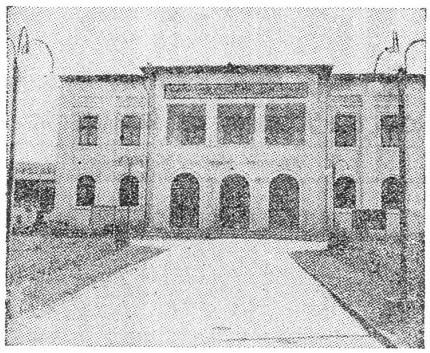
Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Die rumänische VR ist 15 Jahre alt geworden. Wir erinnern aus diesem Anlass an die Geschichte der kommunistischen Machtergreifung in diesem ersten osteuropäischen Staat, der in den sowjetischen Einflussbereich geriet.

Es begann mit einer feierlichen Lüge: Nachdem die Sowjettruppen in Rumänien einmarschiert waren, gab Molotow am 2. April 1944 die Erklärung ab, dass «die UdSSR nur aus militärischen Gründen auf rumänisches Staatsgebiet vordringt und weder territoriale Ziele verfolgt noch eine Aenderung der sozialen Ordnung anstrebt».

In Bukarest nahm eine sowjetische Waffenstillstandskommission ihre Tätigkeit auf, während sich rumänische Truppen am Kampf gegen Deutschland beteiligten. Die beim Staatsstreich vom August 1944 gebildete Generalsregierung Sanatescu musste schon im November unter sowjetischem Druck umgebildet werden. Im neuen Kabinett erhielt die kommunistische Minderheitspartei bereits fünf Ministerien. Unmittelbar darauf traf Wyschinski in Bukarest ein und erreichte den Rücktritt Sanatescus (Dezember). Nach einem Uebergangskabinett Radesku (Dezember 1944 bis Februar 1945) und einem vergeblichen Versuch des Königs, ein Kabinett unter Stirbey zu bilden, wurde der Führer der kommunistisch beeinflussten Landarbeiterfront, Petru Groza, mit der Regierungsbildung beauftragt. In diesem Kabinett hatten die Kommunisten vier Sitze, darunter das Innenministerium und damit die Kontrolle über die politische Polizei. Radescu wurde wegen eines angeblichen Aufstandsversuches verhaftet. Verschiedene Einsprachen der Westmächte und des Königs wurden übergangen.

Inzwischen begann die Regierung Groza mit einer Agrarreform und weitgehenden Säuberungen das Land nach sowjetischem Diktat zu reorganisieren. Ein Appell des ehemaligen Regierungschefs Maniu (der 1941 gegen eine rumänische Kriegsteilnahme auf deutscher Seite gearbeitet hatte), den er im Juni 1947 gegen den wachsenden Terror an die Weltöffentlichkeit richtete, wurde mit seiner Verhaftung und späteren Verurteilung beantwortet. Seine Bauernpartei wurde aufgelöst. Am 30. Dezember 1947 wurde der König zur Abdankung gezwungen und anschliessend die «Volksrepublik» proklamiert. Die «Nationaldemokratische Front» wurde in eine «Demokratische Volksfront» umgewandelt, die Kommunistische Partei vereinigte sich mit dem linken Flügel der Sozialisten und der Landarbeiterfront Grozas zur «Rumänischen Arbeiterpartei» (23. Februar 1948).



Vor ihren eigenen Bedürfnissen hat die arbeitende Bevölkerung das Repräsentationsbedürfnis des Regimes zu befriedigen. Hier ein rumänisches «Rayon-Kulturhaus» in der Region Arges.

Die «Wahlen» vom März 1948 fanden dann mit Einheitsliste (nur Kandidaten der KP-gelenkten Einheitsfront können gewählt werden) statt und brachten das Ergebnis von 97,8 Prozent. Gheorgiu-Dej (heute Staatsratspräsident und Parteichef) wurde erster stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Wirtschaftsrates (Schlüsselstellung für den kommunistischen Aufbau). Im Oktober 1952 rückte er auf den Posten des Regierungschefs vor.

Der Terror zur Festigung des aufgezwungenen kommunistischen Systems ist von den heutigen Machthabern selbst zugegeben worden. Am 7. Dezember 1961 wurde eine grossangelegte Säuberung der KP durchgeführt. Die ZK-Mitglieder Anna Pauker und Vasile Luca wurden als Siguranta-(rumänische Gestapo)-Spitzel «entlarvt». Gheorgiu-Dej gab bekannt, dass «Massenverhaftungen stattgefunden haben. Im Namen des Kampfes gegen das Grossbauerntum wurden über 80 000 mehrheitlich werktätige Bauern den Gerichten übergeben. Ueber 30 000 von ihnen wurden in öffentlichen Prozessen abgeurteilt!»

Dies ist im Zeichen der Entstalinisierung die Aussage des rumänischen Herrschers, der schon zur stalinistischen Zeit selbst zur Machtelite gehört hatte. Seine damaligen und heutigen Opfer haben keine Aussagen zu machen.

Der Schnappschuss

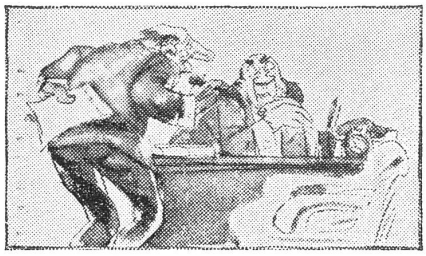
Der beste vom ungarischen Parteitag des vergangenen Herbstes ist nicht erfunden, sondern passiert. Ausländischen Journalisten wurde zu Beginn des Kongresses nicht nur die Vorschläge Kadars in die Hand gedrückt, sondern auch gleich noch der abschliessende «Entschluss» der Teilnehmer, deren Zustimmung vor der diesbezüglichen obligaten Diskussion also bereits vervielfältigt vorweggenommen wurde. Ein Schulbeispiel für das Funktionieren des demokratischen Zentralismus.

*

Im winterlichen Bukarest brummt ein Mann auf der Strasse fortwährend vor sich hin: «Es ist nicht auszuhalten, nicht auszuhalten ist das.» Da nähern sich zwei Agenten des Sicherheitsdienstes: «Sie sind verhaftet!» — «Wieso denn? Ich habe doch nichts getan.» — «Sie haben öffentlich den Staat verleumdet.» — «Den Staat? Ich habe doch nur über die unausstehliche Kälte geklagt.» — «Also das lügen Sie. Was die Kälte angeht, so kann man sie nämlich noch aushalten.»

*

Das sowjetische Regierungsorgan «Iswestija» hat eine Art Beschwerdebriefkasten eingerichtet, um «Bürokraten, Bestechliche, Leute, die minderwertige Waren herstellen, Schwindler und Parasiten» anzuprangern. Die Leser wurden aufgefordert, «Berichte über jene, die sich eines skandalösen Benehmens schuldig machten» einzusenden und «Namen zu nennen». Die «Iswestija», die Chruschtschews Schwiegersohn Alexei Adschubei herausgibt, unternimmt damit einen weiteren Schritt, ihre Spalten interessanter und attraktiver zu gestalten, ein Unterfangen, in dem sie seit ein oder zwei Jahren der gesamten sowjetischen Presse mit gutem Beispiel vorangegangen ist.



Spitzelseele

Die Arbeitsmoral im kommunistischen System wird durch gegenseitige Bespitzelung aufrechterhalten, die der «gesellschaftlichen und kameradschaftlichen Erziehung» dient. Zeichnung und Dialog des Moskauer «Krokodils» geben die Stimmung wohl überspitzt, aber keineswegs grundfalsch wieder:

«Ich habe eine Meldung über einen Kollegen». — «Und über welchen denn?» — «Oh, über welchen Sie wollen!»

*

Ein Maharadscha, der vom ungarischen Ueberfluss gehört hat, besucht Budapest, Im Hotel bestellt er zum Nachtessen Elefantenbraten in Zwiebelsauce. Am Abend aber kommt der Kellner mit verlegener Miene zu seinem Tisch. «Jetzt erzählen Sie mir nur nicht», sagt der Maharadscha, «Sie hätten keinen Elefanten auftreiben können.» — «Oh, das ist schon in Ordnung. Den Elefanten haben wir vom Zoo bekommen. Nur — Zwiebeln gibt es keine.»

*

Paradox ist laut «Ludas Matyi», wenn ein Atheist vergöttert wird.

*

«Im Schulinternat der Achtjahresschule Nr. 28 des Sowchos «Bolschewik» (das vermittelt übrigens einen Begriff von der Grössenordnung einzelner Staatsgüter) im Bezirk Julotan von Turkmenistan sind Plätze für 44 Kinder vorhanden. Tatsächlich aber wurden 119 untergebracht. Die Betten reichen so wenig aus wie die Bettwäsche; es gibt weniger Studienräume noch einen Speisesaal.»

(«Istwestija», 27. Dezember)

*

«In Warschau sind gegenwärtig 46 500 Gesuche um Telephonanschluss pendent. In diesem Jahr werden höchstens 7000 neue Apparate montiert. Bis Jahresende dürfte man 60 000 hängige Begehren zählen. Selbst unter der Annahme, dass ab 1964 jährlich 15 000 Telephonapparate angeschlossen werden können, würden die heutigen Gesuchsteller nicht vor Ende 1967 zufriedengestellt werden können.»

(«Kurier Polski», Warschau, 2. Januar)